

Wind setzt Paderborn unter Strom

Dreier: Es reicht – Krummrey: Wir brauchen Kompromisse – Hüttemann: Dialog herstellen

Paderborn (WV). Auch in Paderborn wird über bis zu 200 Meter hohe Windkraftanlagen gestritten. Die drei Paderborner Bürgermeisterkandidaten Michael Dreier (CDU), Andreas Krummrey (SPD, Grüne und DIP) sowie Hartmut Hüttemann (FBI) erklären ihre Positionen zur Stromerzeugung durch Windkraft. Die Antworten sind Teil einer Serie von Fragen, die das WV den Kandidaten vor der Kommunalwahl am 25. Mai gestellt hat.

Michael Dreier

Es besteht großer gesellschaftlicher Konsens zur Energiewende. Wir müssen sie gemeinsam umsetzen – aber nicht nur in Paderborn. Mit mehr als 400 Windkraftanlagen leistet unser Kreis bereits einen sehr hohen Beitrag. Jede zweite Anlage in OWL steht bei uns. Zum Vergleich: In ganz Baden-Württemberg sind derzeit knapp 540 Anlagen installiert.

Die Landesregierung könnte die vom Bund vorgesehene Länderöffnungsklausel im BauGB umsetzen, will dies aber nicht nutzen. Ich

meine, dass sie den Kommunen die Planungshoheit zur Steuerung der Windenergie übertragen muss. Ich fordere einen geografischen Deckel, meine dass die Stadt Paderborn genug getan hat



Michael Dreier

und jetzt erst mal andere Gebiete ihren Beitrag leisten müssen – wohl wissend, dass für wenige Anlagen im Stadtgebiet noch Planungsrecht besteht. Aber es gibt nach meiner Kenntnis diverse Anfragen – verstärkt auch in der Kernstadt und den bislang (weitgehend) anlagenfreien Ortsteilen. Für unsere Stadt gilt: Es reicht!

Offener bin ich beim Repowering, dem Ersatz von Anlagen, gern dann eine neue für zwei alte. Der Mindestabstand zu Wohngebieten ist dabei eine wichtige Planungs-Stellschraube, muss aber immer im Zusammenhang mit anderen Komponenten gesehen werden. Deshalb ist ein Mindestabstand von etwa 1200 Metern eine realistische und rechtlich wie politisch umsetzbare Größenordnung. Die zehnfache Nabenhöhe – wie öffentlich diskutiert – käme bei der Struktur unserer Stadt und ihrer Stadtteile aber einem Aus der Energiewende gleich. Die Bürger werde ich fachlich und sachlich in den Entscheidungsprozess einbinden. Eine öffentliche Diskussion über rechtliche Rahmenbedingungen ist absolut notwendig.



Windkraft und Windräder (hier bei Benhausen): Über kaum ein anderes Thema wird heftiger gestritten. Bürgerinitiativen stemmen sich gegen

Andreas Krummrey

Die Paderborner Hochfläche ist eines der windhöufigsten Gebiete im Binnenland. Deshalb ist die Stadt in der Pflicht, mit Windkraft einen Beitrag zur Gewinnung erneuerbarer Energien zu leisten. Paderborn hat das in der Vergangenheit durch Ausweisung von Windkonzentrationszonen in Benhausen, Neuenbeken und Dahl getan und sich dabei auch als Vorreiter verstanden.

Der Klimaschutz ist Stadtentwicklungsziel. Gemäß dem Ziel der Energiewende, mittelfristig 45 Prozent des Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken, sind wir alle in der Pflicht, den weiteren Ausbau der Windenergie zu fördern.



Andreas Krummrey

Die Stadt tut dies zurzeit mit der Überplanung und teilweisen Erweiterung der bestehenden Windvorrangzonen und einer Untersuchung des gesamten Stadtgebietes nach Tabuzonen und möglichen Alternativstandorten. Voraussichtlich wird sich der Ausbau der Windkraft weiter auf die bisherigen Windvorranggebiete konzentrieren.

Vor allem in Dahl sehen jetzt viele Bürger ihre Wohnqualität durch das Repowering mit höheren, leistungsstärkeren Anlagen gefährdet. Hier ist die Stadt in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Akzeptanz für die Energiewende erhalten bleibt. In den Moderationsprozess werde ich mich persönlich einbringen, um eine einvernehmliche Lösung zwischen allen Beteiligten zu finden.

Ich lehne den Ausbau der Windenergie nicht pauschal ab. Doch die Belange der Anwohner müssen berücksichtigt werden. Wir brauchen Kompromisse, die für alle erträglich sind. Jede Entscheidung für eine Windenergieanlage ist eine Einzelfallentscheidung, bei

die Flut der Windriesen. Befürworter sehen im »Rohstoff Wind« auch eine Wirtschaftsförderung für die Region. Foto: Besim Mazhiqi

der Topografie und Lärmimmissionen berücksichtigt werden müssen. Davon hängt auch der mögliche Abstand zur Wohnbebauung ab.

Hartmut Hüttemann

Ich bin nicht gegen den Bau von Windrädern, aber die rechtlichen Vorgaben für die Windenergie und die Rechtsprechung machen es den Kommunen fast unmöglich, diese im Konsens mit den Bürgern umzusetzen. Die festgeschriebenen Flächenerweiterungen und die faktische Aufhebung der Höhenbeschränkung ist nicht zielführend und weiten Teilen der Bevölkerung nicht vermittelbar.

Die Politik vor Ort wird teilweise von Investoren unter Androhung von Regressansprüchen unter Druck gesetzt, dies in nicht innehmbar. Der Gesetzgeber muss die Rahmenbedingungen im Interesse der Bürger verbessern. Kurzfristig muss versucht werden, zwischen Investoren und Bürgern sowie Politik einen Dialog herzu-

stellen, um einen Interessenausgleich zur Umsetzung der Energiewende herzustellen.

Dies ist eines der vorrangigen Ziele, für die ich mich nach meiner Wahl umgehend einsetzen werde. Die FBI Freie Wähler ist für die Windkraft, aber nur im Konsens mit allen Beteiligten. Ich werde unmittelbar nach meiner Wahl alle Beteiligten zu einem Gespräch einladen, um die Gegensätze abzubauen und einvernehmlich die Energiewende voranzutreiben.

Ohne Konsens darf kein Einvernehmen erteilt werden. Die Stadt muss sich notfalls vor den Bürger stellen und berechnete Interessen (10 x Höhe gleich Abstand) durchsetzen, gegebenenfalls auch rechtliche Schritte zum Schutz der Anlieger einleiten.



H. Hüttemann